

Medienmitteilung

16. Mai 2023

**Weitgehende Gewerkschaftsforderungen für ein Ja zum
«Rahmenabkommen 2.0»**

Jetzt sollte die Schweizer Wirtschaft aufwachen

- Der Abgang von Staatssekretärin Livia Leu als Chefunterhändlerin der Schweiz mit der EU sollte ein **Weckruf** sein für alle, die sich Verhandlungen auf Augenhöhe wünschen. Mit Leu fällt «der Stachel im Fleisch» des Aussendepartements von Bundesrat Ignazio Cassis weg.
- Jetzt **wittern EU-Anhänger in der Schweiz Morgenluft** und spekulieren auf eine EU-affine Nachfolge, die sogar umstrittene Elemente wie die Unterstellung unter den Europäischen Gerichtshof und die dynamische Rechtsübernahme ohne faires Opting-out sang- und klanglos durchwinkt.
- **autonomiesuisse appelliert an die Entscheidungstragenden** in Politik, Gesellschaft und vor allem der Wirtschaft aufzuwachen.
- Die Schweizer **Wirtschaft schneidet sich ins eigene Fleisch**, wenn sie einem «raschen Vertragsabschluss» das Wort redet. Für einen kurzfristig möglicherweise leicht einfacheren EU-Marktzugang würde sie ihre wichtigsten Trümpfe im **globalen Wettbewerb** aus der Hand geben.
- Ein **Geheimpapier**, das der «Nebelspalter» publik gemacht hat, zeigt: Die **Gewerkschaften** stimmen dem «Rahmenvertrag 2.0» nur zu, wenn sie im Gegenzug eine schweizweite GAV-Pflicht und Mindestlöhne erhalten.
- Diese Gewerkschaftsforderungen bedeuten **das Ende der bewährten Sozialpartnerschaft und des liberalen und flexiblen Arbeitsmarktes**, der bisher ein starkes Argument für den Werkplatz Schweiz darstellte.
- **Die Leidtragenden** wären weniger die internationalen Konzerne, sondern allen voran die KMU sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz – kurz: die **ganze Gesellschaft**. Mit einer Lösung um jeden Preis **verlieren alle**.

Abgang von Livia Leu – ein Weckruf

Während Bundesrat Ignazio Cassis bei den Sondierungsgesprächen mit der EU reflexartig aufs Prinzip Hoffnung setzte, rapportierte Staatssekretärin Livia Leu stets Tatsachen: Bei den relevanten Fragen für die Schweiz lassen sich keine Fortschritte erzielen. Diese unbequeme Haltung scheint im Aussendepartement nicht länger geduldet zu werden, weswegen Livia Leu ihr Amt nach nicht einmal drei Jahren abgibt und als Botschafterin in Deutschland antreten will.

Damit rücken für EU-Anhänger in der Schweiz alle jene Zugeständnisse wieder in greifbare Nähe, die das institutionelle Rahmenabkommen vor drei Jahren zu Fall gebracht hatten. Für **autonomiesuisse** kann eine dynamische Übernahme von EU-Recht weiterhin nur infrage kommen, wenn der Schweiz bei Volksentscheiden ein faires Opting-out offensteht und eine Streitschlichtung mit unabhängigem Schiedsgericht vorhanden ist. Die Schweiz sollte sich nicht unter Druck zu einem Schnellschuss hinreissen lassen, der sich als Rückenschuss herausstellen könnte.

Gewerkschaften setzen auf «alles oder nichts»

Im Gegensatz zur Versenkung des Rahmenabkommens anno 2020 soll bei den sonst unnachgiebigen Gewerkschaften ein Meinungsumschwung stattgefunden haben. Laut «Nebelspalter» ist nun bekannt, was dahintersteht. Die Gewerkschaften verlangen für ihr Nachgeben weitreichende Zugeständnisse von den Arbeitgebern. Gegenüber dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), dem Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) und dem Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) haben der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und der Gewerkschaftsdachverband Travail Suisse einen Forderungskatalog präsentiert.

Ende der Sozialpartnerschaft und des liberalen Arbeitsmarktes?

Faktisch würde die freiwillige Sozialpartnerschaft mit einer Pflicht zu Gesamtarbeitsverträgen (GAV) und Zwangsmitgliedschaft bei den Gewerkschaften ersetzt. Die Gewerkschaften könnten ihr Problem der schwindenden Mitglieder sozusagen durch Zwangszahlungen wettmachen. Der Preis für die Volkswirtschaft Schweiz wäre allerdings hoch: Es bedeutete praktisch das Ende des flexiblen und liberalen Arbeitsmarktes, der das Land international wettbewerbsfähig hält. Ein wichtiges Standbein des Werkplatzes Schweiz würde grundlos amputiert.

Die Leidtragenden wären aber nicht in erster Linie die global orientierten Unternehmen, sondern die Schweizer KMU und die Wohnbevölkerung – die Gesellschaft. Denn es könnte ein Wegfall von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und ein Wohlstandsverlust drohen.

autonomiesuisse stellt klar: Auch nach dem Abgang von Livia Leu besteht keine Eile für den Bundesrat, einen «Schnellschuss» mit der EU anzustreben. Sehr viel wichtiger als ein Rahmenvertrag 2.0 mit der EU sind für die Schweizer Wirtschaft wettbewerbsfähige inländische Rahmenbedingungen, die das Erfolgsmodell Schweiz weltweit auch in Zukunft stützen.

autonomiesuisse – eine Initiative der Schweizer Wirtschaft

autonomiesuisse ist eine breit abgestützte Initiative von Schweizer Unternehmen und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft aus der politischen Mitte. Sie setzt sich für eine partnerschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der EU, aber auch weltweit, ein. Die politische Unabhängigkeit sichert der Schweiz gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das darauf basierende Erfolgsmodell Schweiz soll auch in Zukunft Bestand haben.

autonomiesuisse zählt über 750 Mitglieder. Wer einen Beitrag zu einer weltoffenen, erfolgreichen und freien Schweiz leisten will, kann sich auf autonomiesuisse.ch/mitmachen einbringen.

Kontakt

Als Leitungsausschuss des Co-Präsidiums von **autonomiesuisse** stehen wir Ihnen gerne für Auskünfte rund um das Rahmenabkommen Schweiz-EU aus wirtschaftlicher und unternehmerischer Perspektive zur Verfügung.

Dr. Hans-Jörg Bertschi

+41 79 330 50 72

hans-joerg.bertschi@bertschi.com

Prof. em. Dr. Giorgio Behr

+41 79 430 44 21

giorgio@behr.ch

Dr. Alexandra Janssen

+41 79 725 95 26

alexandra.janssen@ecofin.ch

Dr. Hans-Peter Zehnder

+41 79 330 58 08

hans-peter.zehnder@zehndergroup.com

Social Media

